



**CANADA ISSN 1182-3100**  
Newspaper serving the  
German Speaking Communities  
Journal de la communauté  
germanophone

**DAS ECHO**  
PO BOX 27,  
Pointe-Claire, QC  
H9R 4N5 (Canada)

# Das Echo

von Küste zu Küste  
gegründet 1978



„Das Echo“ ist von *National Ethnic Press & Media* preisgekrönt!

Nr. 136/386 36. Jahrgang **LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA & USA**

**August 2014**

## Deutschland lehnt Freihandelsabkommen mit Kanada vorerst ab

**Kanadas Pläne zum Investorenschutz gehen der Bundesregierung offenbar zu weit. Diese deutsche Ablehnung könnte auch das TTIP-Abkommen mit den USA platzen lassen.**

Deutschland lehnt das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Ceta) einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* zufolge in jetziger Form ab. Der besondere Rechtsschutz von Investoren sei in der bisher verhandelten Form derzeit nicht zu akzeptieren, sagten deutsche EU-Diplomaten der Zeitung. Würde umfangreicher Investorenschutz mit Kanada vereinbart, könne man dies den USA in dem geplanten Abkommen mit der EU kaum verweigern.

Im Umkehrschluss bedeutet das: Sollte Ceta am europäischen Widerstand gegen den Investorenschutz scheitern, wäre auch das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) gefährdet. Wie Kanada beharren auch die USA auf den weitgehenden Rechten für Investoren. Werde das Abkommen mit Kanada abgelehnt, „dann ist auch das mit den USA tot“, zitiert die *SZ* einen ungenannten hohen Mitarbeiter der EU-Kommission in Brüssel.

Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums teilte auf Anfrage mit, die Regierung werde den Text für Ceta, den die Kommission nach Abschluss der Verhandlungen an die Mitgliedstaaten schicke, genau prüfen. Er verwies auf eine Stellungnahme des Ministeriums



© C. Piwowarski

**Ausländische Konzerne würden zu viel Macht bekommen, fürchtet die Bundesregierung in Berlin.**

von Ende Juni: „Die Bundesregierung erachtet Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Investor-Staat-Schiedsverfahren mit Staaten, die über belastbare Rechtsordnungen verfügen und ausreichenden Rechtsschutz vor unabhängigen nationalen Gerichten gewährleisten, nicht für erforderlich.“

### Bundesregierung hält Investorenschutz für unnötig

Auch für TTIP halte die Bundesregierung etwaige Bestimmung

nicht für nötig, sagte der Sprecher: „Die Bundesregierung hat klar gemacht, dass sie keine Notwendigkeit für die Einbeziehung von Regelungen zum Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren sieht, da die USA EU-Investoren ausreichend Rechtsschutz vor nationalen Gerichten bieten. US-Investoren haben in Deutschland ebenfalls ausreichenden Rechtsschutz vor nationalen Gerichten.“

Kritiker befürchten, dass kanadische – oder später amerikanische Investoren – die Eu-

ropäische Union oder einzelne Länder vor Schiedsgerichte ziehen und nationale Regelungen schwächen könnten.

Die Grünen beklagen, solche Investorenschutzklauseln ermöglichen den Unternehmen gegen Staaten zu klagen, wenn sie sich in ihrem unternehmerischen Handeln behindert sehen. Solche Schiedsgerichte stellten ein paralleles Rechtswesen dar, das die Demokratie aushöhle und jede Entwicklung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, ökologische und soziale Entwicklung in Eu-

ropa ausbremsen könne. Die Schwarz-Rote Koalition verteidigt die Freihandelsverhandlungen mit den Nordamerikanern und stellt die positiven wirtschaftlichen Konsequenzen in den Vordergrund. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linken zu TTIP im Bundestag versicherte die Bundesregierung, „dass das Abkommen ein hohes Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzniveau im Einklang mit geltendem europäischen Recht und nationalen Gesetzen sichert.“ dpa/pcw

### LESENSWICHTIG: „Das Echo“

ist nur im Jahresabo zu beziehen. Nach Bestellung flattert die Zeitung buchstäblich in Ihren Briefkasten hinein...



**Verschenken oder vermitteln Sie ein Abo! Auf Seite 29 finden Sie den Bestellschein!**

Helfen Sie uns die Zeitung Ihrem Bekanntenkreis vorzustellen! Auf Wunsch senden wir Ihren Freunden und Verwandten ein PROBE-EXEMPLAR – kostenfrei und völlig unverbindlich. Wir laden Sie ein, ein Jahresabo für nur \$43/US\$48 zu zeichnen und damit auch den Fortbestand der Zeitung zu sichern. [www.dasecho.com](http://www.dasecho.com)

### INHALT

Politik	01-07
Impressum	02
Wirtschaft	08-11
Panorama	12-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres	29
Horoskop / Forum	30-31
Gesundheit	32
Echo der Frau	33
Unterhaltung	34-35
Wunder des Lebens	36-37
Verschiedenes	38
Zu guter Letzt	39-40

## Ukrainische Regierung zurückgetreten

Angesichts des Bruchs der Regierungskoalition in der Ukraine hat Ministerpräsident Arseni Jazenjuk seinen Rücktritt erklärt. Er ziehe die Konsequenzen aus der Auflösung der Regierungskoalition, erklärte Jazenjuk am 24. Juli im Parlament in Kiew. Der bisherige ukrainische Vize-Ministerpräsident Wladimir Groisman soll

die Regierung übergangsweise führen, teilte Innenminister Arsen Awakow mit.

Groisman ist von ukrainischer Seite auch für die Ermittlungen nach dem Absturz der malaysischen Boeing zuständig. Präsident Petro Poroschenko begrüßte den Schritt, damit ein kompletter politischer Machtwechsel im Land erzielt

werden könne. Zuvor hatten mehrere Regierungsparteien ihren Rückzug verkündet, Parlamentspräsident Alexander Turtschinow verkündete offiziell den Bruch der Mehrparteienkoalition.

Mit ihrem Rückzug wollten die Parteien den Weg für vorgezogene Parlamentswahlen ebnen. AFP/pcw

